

und bei der sicherheitspolitischen Begleitung.

Nicht zuletzt: Die Hunderttausende, die es jedes Jahr übers Mittelmeer schaffen, bringen auch eine Botschaft nach Europa mit, sie verkörpern diese Botschaft: Das

Leid und die Armut dieser Welt sind zum überwiegenden Teil immer noch weit weg von uns, aber sie sind nicht mehr von unserer Lebenswelt abzutrennen. So sehr wir das, wenn wir ehrlich sind, in unserem eigenen Alltag auch versuchen.



Richard Meng

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin.

richard.meng@t-online.de

Joachim Fritz-Vannahme

Sieg mit Schlagseite

Die unfreiwillige Europäisierung des David Cameron

Der Triumphator war das kleinste Übel. Auf diese Formel lässt sich der überraschende Wahlsieg von Premierminister David Cameron bei den britischen Wahlen zum Unterhaus bringen. An den Urnen entschieden sich die Briten gegen den ungeliebten Labour-Chef Ed Miliband, gegen den Anti-Europäer Nigel Farage, gegen den proeuropäischen Liberalen Nick Clegg – und für die populäre Nicola Sturgeon als Spitzenkandidatin der Scottish National Party (SNP).

Tatsächlich? Camerons Konservative gewannen zwar die absolute Sitzmehrheit und 28 Abgeordnete hinzu, sie legten bei den abgegebenen Stimmen aber nur schlanke 0,8 % gegenüber 2010 zu. Labour gewann 1,5 %, Farages UKIP lag mit ihren 12,7 % gar 9,6 % über ihrem vormaligen Ergebnis – und holten doch nur ein einziges Mandat in Westminster. Den schottischen Nationalisten hingegen, die es nur auf 4,7 % im ganzen Vereinigten Königreich brachten, genügte der Sonderstatus für Schottland, um von den 59 garantierten gleich 56 Sitze im House of Commons zu erobern, zumeist von Labour.

Beim Triumph des Premierministers halfen also das Mehrheitswahlrecht und der Status von Schottland gehörig mit. Dieser Überraschungssieg verdeckt zudem einen tiefgreifenden Wandel: Anfang der 50er Jahre vereinten die beiden großen Parteien noch 97 % der Wählerstimmen – heute sind es nur noch zwei Drittel. Damals gab es im Unterhaus nur zwei Abgeordnete, die keiner dieser beiden Parteien angehörten, heute sind es 88. Zwei Drittel der Stimmen genügen im derzeitigen System noch immer für fast 85 % der 650 Sitze. UKIP, Liberale und die SNP zusammen teilen sich ein gutes Viertel der Stimmen – und finden doch auf den Oppositionsbänken nur wenige Plätze.

»First past the post«, lautet die goldene Regel des britischen Mehrheitswahlrechts seit dem Viktorianischen Zeitalter. Dem Sieger gehört alles: Diese Regel sicherte der stärksten Partei, hieß sie nun Labour oder Tories, eine klare Mehrheit und brachte kleine Parteien um ihre Chancen mitzuregieren. Rund 130 Jahre lang erwies sich dieses System als stabil, unfair und effizient. Damit ist es vorbei. Und doch auch wieder

nicht, wie Camerons Sieg mit Schlagseite bezeugt.

Denn der Wähler strafte alle Meinungs-umfragen Lügen, die bis zuletzt ein Kopfan-Kopf-Rennen und ein »Hung Parliament«, ein gelähmtes House of Commons vorhergesagt hatten. War es Instinkt, der die Briten angesichts einer zunehmenden Zersplitterung des Parteiensystems Zuflucht in einem Votum wider Willen für den unpopulären David Cameron suchen ließ? Oder schlug da ganz einfach die Abneigung gegen den noch unbeliebteren Labour-Chef Ed Miliband durch, gesteigert durch die Furcht vor einer unberechenbaren Duldung einer Labour-Regierung durch die schottischen Nationalisten? Die Meinungsforscher, die sich soeben mit ihren Prognosen blamiert haben, werden es uns in den kommenden Wochen erklären.

Was bedeutet diese absolute Mehrheit der Tories nun für Großbritannien – und was für Europa? Beide Antworten lassen sich in einem Wort mit sechs Buchstaben bündeln: Brexit. Ausbuchstabiert meint dies den britischen Austritt, den »British

Ein Legitimitäts- vakuum entsteht

exit« aus der Europäischen Union. Darüber sollen seine Landsleute bis spätestens 2017 abstimmen können, hatte Cameron versprochen. Und bis zum Referendum würde er sich für eine Vertragsrevision stark machen, die den Briten zurückbringen würde, was sie an die EU »verloren« hätten. Er selbst, ließ der Premier durchblicken, sei ja gar nicht für den Austritt oder gegen die EU, müsse aber einer verbreiteten EU-Skepsis Rechnung tragen.

Das Versprechen Camerons richtet sich also sowohl ans heimische Publikum als auch an die europäischen Nachbarn, und es ist fast schon das einzige konkrete Projekt, für das er gewählt werden wollte. Nicht nur die gut drei Millionen Wähler der UKIP, auch viele Wähler und Abgeordnete der Tories würden lieber eine Europäische Union ohne Vereinigtes Königreich

sehen. Mindestens 60, womöglich gar 90 der 330 konservativen Abgeordneten des neuen Unterhauses werden als euroskeptisch bis anti-europäisch eingeschätzt. So stabil ist die triumphale Mehrheit Camerons also gar nicht. Damit pflanzt sich fort, was die Financial Times im Wahlkampf beschrieben hatte. Unter dem Titel »Die große Zersplitterung« sah sie ein Legitimitätsvakuum entstehen: »Es wird gefüllt von den Antis: Anti-Establishment, Anti-Europa, Anti-Immigranten, Anti-Kapitalisten«.

Cameron stellte sich darauf ein und bezog im Wahlkampf bei vielen Themen lieber nicht klar Stellung. Bis heute ist unklar, was er eigentlich mit den EU-Partnern nachverhandeln und wie er dies in höchstens anderthalb Jahren in 28 Ländern ratifizieren lassen will. Überhaupt wurde bei dieser Wahl das Reizthema EU-Reform auffallend ausgeklammert. Im Vordergrund stand die Einwanderung – wobei weniger die Flüchtlinge übers Mittelmeer gemeint sind, von denen die Briten so wenige aufnehmen wie kaum ein anderes EU-Land, als vielmehr die Migration im Binnenmarkt.

»Sozialtourismus« lautete das Reizwort, Cameron hatte ihm schon 2014 den Kampf angesagt. Nun gehört die Mobilität von Arbeit zu den Grundfreiheiten der Europäischen Verträge seit den Anfängen. Eine britische Regierung kann zwar die Höhe der sozialen Unterstützung für Immigranten aus EU-Ländern nach nationalem Recht regeln, muss dabei aber jene Grundfreiheit und die Gleichheit der EU-Bürger achten. Die EU-Mitglieder östlich von Elbe und Donau warnten denn auch den wiedergewählten Premier, er solle diese »sakrosankten Regeln« besser nicht anfassen.

David Cameron erweckt gern den Eindruck, er würde einem »Ja« zur EU im Referendum besser zuarbeiten können, wenn die europäischen Partner wenigstens ein, zwei Schritte auf ihn zu machen würden. Vor allem in Angela Merkel setzt er dabei

seine Hoffnung, da diese ja einmal von einer notwendigen Vertragsrevision gesprochen habe.

Was in London übersehen wird: Die Kanzlerin ist derzeit mit der Überarbeitung der Spielregeln im Euro-Raum beschäftigt. Dabei wird in der Tat erörtert, ob etwa für eine Banken- oder eine Fiskal-Union die bestehenden Verträge geändert werden müssten. Cameron benötigt aber keine Reform des Euro-Raumes, dem Großbritannien ja nicht angehört, sondern eine Vertragsrevision der ganzen EU. Er wird sie vor einem Referendum nicht bekommen – und damit fangen seine Schwierigkeiten an.

Ändern will die neue Regierung aber nicht nur die Regeln der Union, sondern auch die des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg. Cameron ernannte mit Michael Gove einen profilierten Kritiker des Straßburger Gerichts zum Justizminister. Die Tories wollen die britische Mitgliedschaft im Europarat neu geregelt sehen und sich so der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte entziehen. Diese Politik aber kollidiert mit dem Belfaster Abkommen von 1998. Damals wurde den Nordiren mit Blick auf den blutigen Bürgerkrieg zwischen Unionisten und Nationalisten versprochen, dass ihnen zusätzliche Rechte zu denen der Europäischen Konvention über Menschenrechte zustehen. Hier treiben die Konservativen also einen Keil sowohl in das Vereinigte Königreich als auch zwischen Großbritannien und das Europa des Europarates.

Wie sehr britische Innen- und Europapolitik verquickt sind, zeigt noch deutlicher das Erstarken des schottischen Nationalismus. Die SNP

Zerreißprobe hat seit ihrer Niederlage im Referendum 2014 ihre Mitgliederzahl von 25.000 auf über 100.000 vervierfacht. Die Nationalisten lassen keinen Zweifel daran, dass sie bei einem »Nein« zur EU erneut die Unabhängigkeit Schottlands zur Abstimmung stellen wer-

den. Nicht nur Labour, auch Cameron hat also Schottland verloren. Ein »Nein« zur Europäischen Union würde dort höchstwahrscheinlich ein »Nein« zum United Kingdom auslösen und damit das Ende einer über 300-jährigen Union.

Das Selbstbewusstsein der Schotten ließ in jüngster Zeit auch das Selbstvertrauen der Waliser und Nordiren wachsen. Und dies wiederum befeuerte die Diskussion über »Englishness«. »Englishness« zielt nicht nur auf die Frage nach der Identität, sondern auch nach der angemessenen Repräsentation. Warum, so hört man von Konservativen und erst recht von Vertretern von UKIP, dürfen in Westminster eigentlich schottische Abgeordnete über Gesetze abstimmen, die vor allem Engländer betreffen, umgekehrt aber kein Engländer mehr über schottische Gesetze, die nur noch in Edinburgh debattiert werden?

Die schottische Frage ist also eine europäische und eine englische. Von den 650 Unterhaus-Abgeordneten vertreten 533 Wahlkreise in England. Dort leben 85 % aller Briten. Doch haben die Engländer anders als die Waliser, Schotten und Nordiren kein eigenes Parlament. Eine logische Lösung wäre ein englisches Parlament. Das allerdings würde dann in einem föderalen System 85 % der Bevölkerung repräsentieren – ein weltweit einzigartiges Phänomen.

Ungewiss ist also nicht nur die europäische Zukunft Großbritanniens, sondern auch die Zukunft eines Vereinigten Königreiches, das parteipolitisch, regional, auch ökonomisch und sozial zersplittert. Paradox, aber britische Innenpolitik ist in zentralen Streitpunkten unauflöslich mit Britanniens Europapolitik verflochten. Innen uneins, ökonomisch abhängig von der City of London als größtem Finanzplatz der Welt, sozial wie viele Länder mit wachsender Ungleichheit konfrontiert und in der EU ebenso wie auf globaler Bühne in Randlage, mehr zurückgezogen als zurückgedrängt: Aus Great Britain droht Little England zu werden. Jedenfalls klaffen in die-

sem Land Anspruch und Wirklichkeit zusehends auseinander. Ein »Nein« zur Europäischen Union würde diese Kluft vertiefen. Und selbst bei einem »Ja« wäre ein zu-

sehends zerrisseneres Großbritannien ein schwieriger Partner in der EU. Die Wahl ist vorbei, das entscheidende Wort zur britischen Zukunft aber steht noch aus.



Joachim Fritz-Vannahme

leitet das Europaprogramm der Bertelsmann-Stiftung und war zuvor Europaredakteur der ZEIT.

joachim.vannahme@bertelsmann.de

Martin Dulig

Der Aufstieg von Pegida und die Verzagttheit der Demokraten

Am 7. Juni fand in Sachsens Landeshauptstadt Dresden die Wahl zur Oberbürgermeisterin statt. Die unter dem Akronym »Pegida« (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) bekannt gewordene rechtspopulistische Protestbewegung trat mit einer eigenen Kandidatin an. 21.306 Personen, und damit 9,6 % der Wählerinnen und Wähler, stimmten für die rechte Frontfrau von Pegida.

Damit wurde an der Wahlurne sichtbar, was sich auf Dresdens Straßen schon seit Monaten offenbart. Noch immer laufen Woche für Woche tausende Demonstrierende durch die Stadt. Was andernorts große Gegendemonstrationen auslösen und die Schlagzeilen beherrschen würde, findet im demonstrationsermateten Dresden inzwischen unter dem Radar der Medien statt.

Noch schwerer als die Stimmen für die Pegida-Kandidatin und das Weitermarschieren der radikalen Rest-Bewegung wiegt das Allgemeine im Besonderen. Mögen lokale und regionale Faktoren den Aufstieg Pegidas begünstigt haben, so sind darin doch Muster zu erkennen, die die im ganzen Land verbreitete Parteiskepsis und Demokratieentfremdung gefährlich nach rechts gewendet und radi-

kalisiert haben. Die beste Antwort darauf sind aufmerksames Zuhören und eindeutige Antworten.

Zunächst sollten wir uns klar werden, worum es sich bei Pegida als spezifisches Phänomen überhaupt handelt. Pegida ist in weiten Teilen ein Produkt des besonderen politischen Klimas der Nachwendzeit in Sachsen. Das Spektrum der Teilnehmerinnen und Teilnehmer reicht von Hooligans und bekannten NPD-Kadern über Menschen mit islamophoben oder fremdenfeindlichen Einstellungen, bis hin zu den Menschen, die mit der zunehmenden Komplexität unserer Gesellschaft überfordert sind. Viele, die bei Pegida mitlaufen oder mitliefen, misstrauen Parteien, demokratischen Verfahren, »der Politik« oder »denen da oben«.

Pegida ist eine Möglichkeit, Frust abzulassen, der oft gar nicht unmittelbar mit Rassismus oder Islamfeindlichkeit zu tun hat. Ich kenne Beispiele dafür: ein Handwerker, der dort mitmarschiert, weil Rechnungen nicht bezahlt werden, einen Zusammenschluss von Hauseigentümern, die ein Gerichtsverfahren verloren haben oder Anwohner eines geplanten Asylbewerberheims, mit denen im Vorfeld angeblich oder tatsächlich nicht gesprochen wurde. Allen